

Veröffentlichungsdatum: 15-11-2011



Die EU muss energisch gegen das Bienensterben vorgehen und die Ursachen erforschen. Dies forderte heute das Europäische Parlament. Eine breite Mehrheit der Europaabgeordneten forderte, mehr Mittel aus dem künftigen EU-Forschungsrahmenprogramm einzusetzen, um die Gründe für das Bienensterben herauszufinden.

"Das Bienensterben kann zu einer Gefahr für die Nahrungsmittelproduktion werden, wenn es immer weniger Tiere für die Bestäubung von Pflanzen gibt. Die EU muss den bisherigen Forschungsetat in Höhe von 10 Millionen Euro drastisch aufstocken, um zu erforschen, welche Krankheiten und Umwelteinflüsse für das Bienensterben verantwortlich sein könnten", sagte die Europaabgeordnete Astrid Lulling (EVP/Luxemburg), die das Dossier für die EVP-Fraktion betreut.

Zur besseren Erforschung möglicher Krankheitserreger und Gesundheitsbedrohungen forderte das Europäische Parlament die Einrichtung eines europäischen Netzes von "Referenzbienenstöcken". Zudem müsse die EU-Kommission einen Dreijahresplan erstellen, mit dem alle Bienenvölker in Europa erfasst werden können, um genauere Zahlen über die Anzahl der Bienen in Europa zu ermitteln. Wichtig seien zudem neue Behandlungsmethoden zur Bekämpfung der Varroamilbe, die für rund 10 Prozent der jährlichen Verluste verantwortlich ist. Die Bekämpfung der Bienenkrankheiten soll außerdem im Rahmen der europäischen Veterinärpolitik koordiniert und finanziert werden.

Um den Erhalt von Honigbienen in Europa zu fördern, sprach sich das Europäische Parlament zudem für eine weitere gezielte Förderung der rund 700.000 Imker in der EU. So müsse der Herkunftsort von Honig oder Honigprodukten gekennzeichnet werden, und EU-weit strengere Kontrollen gegen geringwertigen oder gefälschten Honig durchgeführt werden. "Eine bessere Vermarktung von Honig und Honigprodukten schafft einen Anreiz, um die Honigproduktion anzukurbeln und dadurch die europäischen Bienenvölker zu erhalten", so Lulling.